



ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS BEIM
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1010 Wien, Herrengasse 7, Telefon 01/53126-3484, E-Mail: bmi-za-polizei@bmi.gv.at

BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG vom 16. und 27.06.2021

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

Personalmaßnahmen

VERSETZUNGEN

Es wurden bundesweit 8 Versetzungen beschlossen

PLANSTELLENBESETZUNGEN

Es wurden bundesweit 58 Planstellenbesetzungen beschlossen

Anträge und Antragsbeantwortungen

Anträge

FSG im Zentrallausschuss

Antrag auf Aufhebung der verstärkten Kontrollen im Rahmen des robusten Raumschutzes und der zusätzlich angeordneten Grenzkontrollen an der Bundesgrenze

AUF im Zentrallausschuss

Antrag auf Übernahme der Kosten für optischen Gläser bei der neuen Dienstsonnenbrille der Marke Gloryfy

Urgenanztrag betreffend eines Beratungsgespräches bezüglich der Anerkennung von sogenannten Rüstzeiten (Adjustierung und andere Tätigkeiten bei Dienstbeginn bzw. Dienstschluss) als Dienstzeit

Fachausschuss Steiermark

Antrag auf Aufhebung der Trageverpflichtung von FFP2-Masken während der Fahrt mit Dienstkraftfahrzeugen unter Berücksichtigung der 3G-Regel

Fachausschuss Kärnten

Antrag auf Aufhebung der Trageverpflichtung von FFP2-Masken während der Fahrt mit Dienstkraftfahrzeugen unter Berücksichtigung der 3G-Regel



Antwortschreiben

BMI: Übersendung des Protokolls zum Beratungsgespräch betreffend Implementierung von Schnellen Reaktionskräften in allen Bundesländern ausgenommen Wien

Eine Einrichtung von sogenannten SIG (Schnellen Interventionsgruppen) unter Berücksichtigung der bundesländerspezifischen Voraussetzungen und Einbindung der zuständigen Fachausschüsse wird zur Kenntnis genommen.

Die Installierung von MUG (Mobilen Unterstützungsgruppen) wird seitens des ZA als überzogen angesehen und deshalb als nicht notwendig erachtet.

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Einbindung der PV bei der Errichtung des Einsatztrainingszentrums Süßenbrunn

Zu dem Antwortschreiben wird bei den weiteren baulichen Planungen die Einbindung des ZA und betreffend der personellen und strukturellen Dinge die Einbindung der Fachausschüsse bei den Landespolizeidirektionen Wien und Niederösterreich, als betroffene Fachausschüsse, begrüßt.

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des FA Tirol betreffend BAKS-Problemen mit dem Word Addin

Das Problem beim Öffnen von Formularen im PAD wurde nach dem Bekanntwerden analysiert und konnte mit dem neuen Word AddIn 5.1 behoben werden. Die beschriebenen Probleme mit dem Öffnen von Word-Dateien im Outlook sind differenzierter zu betrachten und können diese auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden. Deshalb wäre für die Feststellung der Ursache im Einzelfall ein genaues Monitoring erforderlich um eine konkrete Aussage treffen zu können.

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend der vorherrschenden EDV-Problemen im Bereich des BMI

Dazu wird neuerlich, wie bereits im Antrag vom 20.05.2021, um ein Beratungsgespräch ersucht, um die diversen bekannten Problematiken im Zusammenhang mit der Situation der EDV des BMI zu erörtern.

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Aufhebung der verschärften Covid-Maßnahmen auf den Dienststellen

Sowohl aus der allgemeinen Rechtslage wie den Schutzbestimmungen bzw. der Fürsorgepflicht des Dienstgebers ergibt sich, die ressortbezogenen Maßnahmen im Gleichklang mit den durch die Bundesregierung angekündigten Lockerungsmaßnahmen vorzunehmen. Sobald diese (weitere Lockerungsschritte seitens der Bundesregierung sind ja für Ende Juni geplant) umgesetzt werden, werden diese Maßnahmen auch für die Bediensteten des ho. Ressorts entsprechend angepasst werden

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Zentralausschusses betreffend Wiedereinführung Gruppenrechtsschutzversicherung nach § 83b Gehaltsgesetz

Aus gleichheitsrechtlichen Erwägungen wird eine Sonderregelung für den Exekutivdienst in diesem Bereich seitens des Dienstgebers derzeit nicht befürwortet.

BMI: Antwortschreiben zum Antrag des ZA betreffend Urlaubsverfallsregelung

Im übermittelten Erlassentwurf wurde nunmehr der Forderung des ZA betreffend der auf Grund der Corona-Pandemie besonderen Situation im Jahr 2020 (Urlaubssperre etc.) und auch noch im Jahr 2021 (anhaltende Pandemie zu Jahresbeginn) insoweit Rechnung getragen, dass nunmehr für 2021 auf den Verbrauch der noch bestehenden Urlaubskontingente aus 2019 oder älter seitens der Vorgesetzten hinzuwirken ist und betreffend dem Kontingent aus dem Jahr 2020 grundsätzlich von dienstlichen Gründen auszugehen ist, und der Verfall dieses Urlaubsanspruches somit erst mit Ende des Jahres 2022 wirksam wird.

Die sonstigen Vorgaben betreffend Urlaubsverfallsregelung und Aufforderung zur Inanspruchnahme des EU durch die Vorgesetzten bleiben unberührt.

Schadensfälle

Am 15.06.2021 wurden 35 Schadensfälle durch den zuständigen Unterausschuss verhandelt. Die Ergebnisse wurden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bereits mitgeteilt.

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 220 Schriftstücke behandelt.

Der Zentralausschuss für die Bediensteten des öffentlichen Sicherheitswesens wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen erholsamen Urlaub!



Mit kollegialen Grüßen

Reinhard ZIMMERMANN
Vorsitzender

Hermann GREYLINGER
Vorsitzender Stv.

Reinhold MAIER
Vorsitzender Stv.

